

UMWELT

# „Ablasshandel mit Natur“

Das Geschäft mit Ökopunkten vereinfacht den Bau von Straßen und Gewerbegebieten. Doch hilft es auch der Natur? Oder wird die Zerstörung von Wald und Wiese eher befördert?

**E**berhard Veith ist Bauherr in Sachen Natur. Wenn Veith einen Bagger schickt, wird abgerissen, weggeschaufelt und zerstört – damit alles wieder grün wird.

Die Betonröhren, die den Metzgerbach seit Jahrzehnten zähnten: weggerissen; die befestigten Standplätze von ehemals 80 Campingwagen: zertrümmert; das Restaurant Hetscher Mühle: verschwunden. Einen ganzen Campingplatz in der Nähe des saarländischen Örtchens Eimersdorf hat ein Trupp Bauarbeiter im Auftrag Veiths dem Erdboden gleichgemacht. Und der Mann ist auch noch stolz darauf.

Denn der Geschäftsführer der saarländischen „Naturland Ökoflächen-Management gGmbH“ (ÖFM) ist eine Art professioneller Naturvermehrter. Neben abgerissenen Campingplätzen hat die ÖFM frisch entgradigte Bächlein, neuangelegte Hecken und renaturierte Auen im Angebot. Für jedes neugeschaffene Biotop bekommt die Firma von der Landesregierung sogenannte Ökopunkte gutgeschrieben. Die wie-



ÖFM-Geschäftsführer Veith\*: Stolz auf die Zerstörung

derum sind bares Geld wert: „Wir verkaufen die Ökopunkte an Investoren, die an anderer Stelle Bauvorhaben verwirklichen wollen“, erläutert Veith. Denn jeder Eingriff in die Natur, etwa beim Straßenbau, muss in Deutschland kompensiert werden. Veith liefert diesen Ausgleich im Schnellverfahren.

Das Instrument heißt „Ökokonto“, mit dem im Saarland seit 1998 der Naturland

gleich möglich ist. Inzwischen macht das Verfahren auch in anderen Bundesländern Furore. Hessen hat seit zwei Jahren eine landesweite Ökokonto-Regelung. Auch in Sachsen-Anhalt soll ab 2005 mit Ökopunkten gehandelt werden.

Das Geschäft ist der neueste Versuch, die Eingriffs- und Ausgleichsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes in die komplizierte Wirklichkeit im dichtbesiedelten Deutschland zu übertragen. Wer irgendwo ein Feuchtgebiet zuschüttert, muss eigentlich wieder ein Feuchtgebiet schaffen; ein zerstörter Wald ist nur durch einen neuen Wald, möglichst in direkter Nachbarschaft, zu ersetzen – so verlangt es im Idealfall das Gesetz. Die Praxis sieht anders aus: Längst ist es bundesweit gang und gäbe, etwa neuangelegte Schnellstraßen mit Pflanzungen ärmlichen Begleitgrüns zu kompensieren. Wer in Ballungsräumen baut, kann sich über die sogenannte Ausgleichsabgabe häufig gar ganz freikaufen.

Das Ökokonto soll diesen Missstand beseitigen (siehe Grafik). Der Ansatz scheint zunächst einleuchtend: Firmen wie die ÖFM („Wir punkten für Sie“) schaffen gleichsam Natur auf Vorrat. Bauherren profitieren, weil sie nicht mehr selbst und in unmittelbarer Nähe ökologischen Ausgleich schaffen müssen. Stattdessen kaufen sie Ökopunkte. Eine „Win-Win-Situation“ für Investoren und Natur sieht der saarländische Umweltminister Stefan Mörsdorf in der Regelung und hofft auf bundesweite Nachahmer.

Und doch stößt der schwunghafte Handel mit Wald und Wiese zunehmend auf Kritik. Der zentrale Vorwurf: Ökopunkte werden nur deshalb in die Tat umgesetzt, weil mit ihnen Geld zu verdienen ist. Sinnvoller Ausgleich für Bauprojekte findet dadurch gar nicht erst statt.

Einen „Ablasshandel mit Natur“ beklagt etwa Annette Leipelt vom Naturschutzbund Deutschland (Nabu) in Sachsen-Anhalt: „Die Eingriffsmöglichkeiten für die Industrie werden ausgeweitet.“ Und auch Klaus Borger, umweltpolitischer Sprecher der Grünen Saar, ist skeptisch. „Natur wird immer mehr zum reinen Wirtschaftsgut“, sagt Borger: „Wer genug Geld hat, kann ohne Rücksicht auf Verluste irgendwo planen und dann Ökopunkte kaufen.“

Im Saarland wird besonders heftig über das grüne Geschäft gestritten. Eine ungewöhnliche Allianz aus Naturschützern und Bauern hat sich dort formiert. Besonders pikant: Umweltminister Mörsdorf, der das



\* Vor dem von der ÖFM abgerissenen Campingplatz Hetscher Mühle.



WOLFGANG STIECHE / VISUM

**Streuobstwiese:** „Schnellschüsse, die nicht von Nachhaltigkeit getragen werden“

Ökokonto als „marktkonformes Instrument“ rühmt, ist selbst in den Punktehandel verstrickt: Sein Staatssekretär sitzt im Aufsichtsrat der ÖFM, des Marktführers im Ökopunktegeschäft. Ein „ministeriell unterstütztes Monopol“ wirft der Grüne Borger dem Unternehmen vor. Mörsdorf, der kraft seines Amtes für die Zuteilung der Ökopunkte zuständig ist, kontrolliere sich „fachlich quasi selbst“.

Gleichzeitig hat es der parteilose Mörsdorf wie wahrscheinlich kein zweiter Umweltminister einer CDU-geführten Landesregierung geschafft, die Landwirte der Region gegen sich aufzubringen. Auch sie kritisieren die Kommerzialisierung der Natur durch das Ökokonto – vor allem deshalb, weil ihnen die neuen Ökogrundbesitzer den Acker streitig machen. Denn ausgerechnet die begehrten Ackerflächen sind für die Punktehändler wahre Schnäppchen. Weil Acker relativ preisgünstig zu kaufen und zudem leicht ökologisch aufzuwerten ist, können Unternehmen wie die ÖFM darauf am meisten Geld verdienen.

„Die pflanzen ein paar Hecken, und schon bekommen sie viele Ökopunkte dafür“, schimpft Hans Lauer, Geschäftsführer des Bauernverbandes Saar. „Aggressiv“ kämpfe die ÖFM um die Flächen. „50 Prozent über den regionalen Preisen“ lägen manche Angebote der Ökofirma. Leidtragende sind die Landwirte: Im Saarland haben sie ihre Anbauflächen häufig nur gepachtet. Unter dem neuen Öko-eigentümer sei an eine intensive Nutzung dann nicht mehr zu denken, so Lauer: „Das ist Sprengstoff hier im Land.“

Die Kritik von Umweltschützern dagegen setzt direkt bei den Projekten der neuen Naturverbesserer an. Joachim Götz vom saarländischen Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) etwa, selbst im Aufsichtsrat der ÖFM, bestreitet den Sinn so

manchen Ökopunkteprojekts. „Die idealen Werte treten gegenüber den finanziellen oftmals in den Hintergrund“, sagt Götz.

„Naturschutz um jeden Preis“ nennt es auch der Grüne Borger, wenn wertvolle Schwarzdorn- und Weißdornhecken zerstört werden, nur um neuen Orchideenrasen anzulegen. Umstritten sind auch die Streuobstwiesen: Mehrfach finden sich im Portefeuille der ÖFM jene durch lockeren Obstbaumbestand charakterisierten Flächen, die auf Grund ihrer Artenfülle bei manchem Naturfreund einen spektakulär guten Ruf genießen. Allein, aus Naturschutzsicht sind sie häufig das Geld nicht wert, mit dem sie angelegt werden.

Als „Schnellschüsse, die nicht von Nachhaltigkeit getragen werden“ bezeichnet etwa Arnd Winkelbrandt vom Bundesamt für Naturschutz die Pflanzungen. Der Grund: Streuobstwiesen sind reine Kulturlandschaft. Allein stetige Pflege hält sie am Leben. Bundesweit jedoch wuchern bereits mehrere 10 000 Hektar des Biotops ungepflegt vor sich hin; für weitere Streuobstwiesen besteht aus Naturschutzsicht kein Bedarf.

Vor allem aber stößt sich Winkelbrandt an einem Grundproblem der neuen Ausgleichsregelung: „Ökokonten schaffen oftmals keinen adäquaten Ausgleich für den tatsächlichen Eingriff.“ Der direkte Zusammenhang zwischen einem Bauvorhaben und der zugehörigen Kompensation sei nicht mehr gegeben. Den aber verlangt eigentlich das Bundesnaturschutzgesetz.

„Theoretisch können Sie beim Ökokonto ein zerstörtes Hochmoor mit der Pflanzung von ein paar Hecken verrechnen“, befürchtet auch Dirk Jansen vom BUND in Nordrhein-Westfalen: „Das sind doch mathematische Taschenspielertricks.“ Jansen glaubt sogar, dass Ökokonten Eingriffe in

die Natur noch befördern könnten. Seine Argumentation: Je mehr Ökopunkte auf dem Markt verfügbar seien, desto einfacher werde es Investoren gemacht, Bauvorhaben anzuschieben. „Auf jeden Fall entsteht nicht gerade der Zwang, Flächen zu sparen“, sagt Jansen.

„Der Naturschutz verlässt sich mehr und mehr auf Eingriffe in die Natur“, bekräftigt Ulrich Kriese, siedlungspolitischer Sprecher des Nabu: „Wenn es keine Eingriffe gäbe, wäre der Naturschutz arbeitslos.“ Und tatsächlich haben Firmen wie die ÖFM im Saarland bereits mehr Ökopunkte gehortet als für Bauvorhaben benötigt werden.

Veith ficht die Kritik nicht an. „Es ist im Saarland noch nie so gut ausgeglichen worden wie heute“, sagt der Ökopunktehändler. Früher seien 60 bis 70 Prozent der Ausgleichsmaßnahmen bei Bauvorhaben niemals umgesetzt worden, schätzt er. Heute dagegen könnten Investoren über den Kauf von Ökopunkten erstmals größere und damit auch sinnvollere Naturschutzprojekte unterstützen.

„Die Kritiker vergessen leicht, dass die Alternativen zum Ökokonto erst recht niemanden überzeugt haben“, sagt Veith. Beim ÖFM-Vorzeigeprojekt des Campingplatzes Hetscher Mühle zumindest könnte die Natur am Ende tatsächlich profitieren. Sieben Hektar Land haben Veiths Bauarbeiter dort in knapp vier Wochen in einen urwüchsigen Zustand verwandelt. Für 30 Jahre verpflichtet sich die ÖFM, die Fläche für den Naturschutz zu sichern.

„Wir werden mehr oder weniger gar nichts machen, damit sich die Natur so entwickeln kann, wie sie will“, sagt Veith – leicht verdientes Geld für die Firma: Rund 600 000 Ökopunkte bekommt die ÖFM für das Projekt von der Landesregierung gutgeschrieben. Das entspricht etwa einer halben Million Euro.

PHILIP BETHGE